

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown

Klima, Corona und der notwendige Ausstieg
aus dem Kapitalismus

UNRAST

Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff

Gestohlene Lebenszeit

Warum Kapitalismus zu Verzicht nötigt und wir viel weniger arbeiten könnten

Die Welt, die wir kennen, zerfällt im Eiltempo. Seit Jahren stellt sich wie von selbst das Wort Krise ein – gleich ob von Klima, Finanzen, Wirtschaft, Sozialsystemen, Demokratie, Migration oder internationalen Beziehungen die Rede ist. In den kritischen Sozialwissenschaften ist von einem Zeitalter der »multiplen Krisen« die Rede (Brandt/Wissen 2017). Mit der Ausbreitung des Coronavirus hat sich diese allgemeine Krise in einer Geschwindigkeit und einem Ausmaß zugespitzt, wie es sich bis dahin kaum jemand vorstellen konnte.

Die Corona- und Klimakrise führen vor Augen, wie > unsere Wirtschaft < vor den existenziellen Herausforderungen der Zeit versagt. Ewiges Wachstum, maximaler Profit und steigende Aktienkurse sind das Lebenselixier der Wirtschaft. Ohne sie fängt sie sofort an zu kriseln. Die Klimakrise offenbart, dass ein auf Unendlichkeit programmiertes Wachstum eher mittel- als langfristig auf die Zerstörung des Planeten hinauslaufen wird. Die Herausforderung durch die Corona-Pandemie führte dagegen schlagartig vor Augen, dass so eine Wirtschaft in kürzester Zeit Leichenberge produzieren kann¹, wenn ihr nicht massiv in die Speichen gegriffen wird. Der Marktwirtschaft Zügel anzulegen, bemühten sich zunächst viele Staaten – in unterschiedlichem Ausmaß und insgesamt mehr schlecht als recht. Übrigens führten sie damit bemerkenswerterweise im Handumdrehen vieles ad absurdum, was bis dahin als unumstößlich und heilig galt – von

1 So transportierte im März 2020 ein nächtlicher Konvoi von Militärfahrzeugen im italienischen Bergamo die Leichen von Corona-Opfern ab, weil der dortige Friedhof überfüllt war (*Der Tagesspiegel*, 19.03.2020), in New York City wurden Leichen in Kühlwagen gestapelt, weil die Beerdigungskapazitäten nicht ausreichten (*Der Tagesspiegel*, 01.05.2020) und in Ecuador blieben die Leichen einfach auf Straßen und in Wohnungen liegen (*Frankfurter Rundschau*, 15.04.2020).

der Schuldenbremse bis hin zum Glauben an das angeblich so segensreiche Wirken des Marktes selbst. Für einen kurzen Moment lag offen zutage, dass Handeln gegen die betriebswirtschaftliche Logik des Kapitals nicht nur möglich, sondern auch überlebensnotwendig ist. Das ist eine wichtige Erfahrung, die wachgehalten werden sollte, denn sie ist von großem Wert für jede emanzipatorische Bewegung.

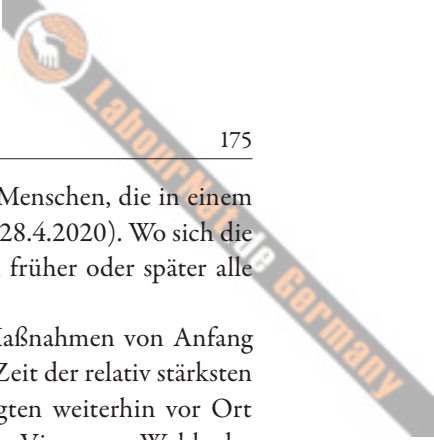
Doch es dauerte nicht lange und die brutalen Zwänge der Kapitalverwertung verschafften sich gegen die halbherzigen gesundheitspolitischen Maßnahmen immer mehr Geltung. Bereits nach wenigen Tagen eines von Beginn an nur halbherzigen Shutdowns wurden die Stimmen immer lauter, die die Wirtschaft auf Teufel komm raus schleunigst wieder hochfahren wollten. In Deutschland gab Alexander Dibelius, ein Investmentbanker und Arzt(!), der die mörderischen Konsequenzen der betriebswirtschaftlichen Logik in schamloser Offenheit verteidigte, den Ton vor: »Ist es richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedrohten – Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden, mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstandes massiv und nachhaltig erodiert?« (*Handelsblatt*, 23.03.20) Folgerichtig verharmloste er die Gefährdung durch eine Pandemie, die weltweit zu schwersten Gesundheitsschäden und vielen Todesopfern führt, zu »einer Grippewelle«, die »für die Menschheit nicht so fatal wie die Pest im Mittelalter oder ähnliche Seuchen« sei (ebd.). Die Denkweise des Investmentbankers, der dem Arzt in ihm keine Chance ließ, wurde bald tonangebend. Ein ganzer Chor von Ausstiegsdrängler*innen aus Wirtschaft und Politik stimmte bald diese Melodie an. Dies wurde umso populärer, als es sich auch schnell als enorm anschlussfähig an die Kreuz- und Querfront des vereinigten politischen Irrsinns erwies, wie sie sich schon bald in den sogenannten Corona-Demos zusammenfand. »Besser es sterben Menschen, als die Wirtschaft bricht ein« lautete die mal mehr, mal weniger offen ausgesprochene Botschaft. Denn genau darauf lief es im Prinzip immer wieder hinaus, gleich ob ein zynischer US-Präsident – die Zahl der offiziell registrierten Corona-Toten in seinem Land näherte sich gerade der 100.000er Grenze – für den Fall einer zweiten Pandemiewelle einen weiteren Lockdown kategorisch ausschloss (*zdf.de*, 22.5.2020) oder ob ein pseudophilosophisch daherschwurbelnder deutscher Parlamentspräsident meinte, man könne schließlich »nicht alles dem Schutz des Lebens unterordnen« (*Der Tagesspiegel*, 26.04.2020) und ein süddeutscher Ober-

bürgermeister meinte, es gehe ohnehin nur um »Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären« (*Der Tagesspiegel*, 28.4.2020). Wo sich die Ethik nach der Wirtschaft richten muss, brechen früher oder später alle Dämme der Humanität.

Auch in Deutschland waren die staatlichen Maßnahmen von Anfang an inkonsequent und widersprüchlich. Selbst zur Zeit der relativ stärksten Restriktionen mussten 60 Prozent der Beschäftigten weiterhin vor Ort arbeiten (*Welt online*, 02.04.2020) und durften das Virus zum Wohle der Wirtschaft weiterverbreiten. Menschen, die an Corona starben, hätten in Deutschland im Durchschnitt noch neun Lebensjahre vor sich gehabt (*tagesschau.de*, 08.05.2020). Gar nicht zu reden von all den Menschen im Globalen Süden, deren Infektion weder festgestellt noch behandelt wurde und die daran starben, ohne dass die Welt groß Notiz davon nahm. Armut und Hunger nahmen weltweit zu. Vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt, hieß das für viele Menschen: »Wir sterben lieber am Virus als zu verhungern« (*Der Tagesspiegel*, 04.06.2020). Eine Wirtschaft, die sich angesichts einer Pandemie als extrem stör- und krisenanfällig erweist, stahl und stiehlt weltweit vielen Menschen Leben und Gesundheit.

Doch all das markierte erst den Beginn der Verwerfungen. Fast alle Ökonom*innen rechneten mit einer schweren globalen Wirtschaftskrise im Gefolge der Corona-Krise. Bereits im Frühjahr schrieb etwa der Chefkomentator der *Welt*, Jaques Schuster, noch sei nicht klar, »ob die Folgen der Pandemie ... Europa nur in eine schwere Rezession stürzen werden oder in eine tiefe Depression mit Staatsbankrotten und der Wiederkehr der Horde als politische Größe, so wie wir sie aus der Zwischenkriegszeit kennen« (*Die Welt*, 23.05.2020).

Das gigantische Krisenpotenzial des Kapitalismus wird heute noch nicht einmal mehr von seinen notorischen Fans abgestritten. Den Staaten und Zentralbanken blieb überhaupt nichts anderes übrig, als im Handumdrehen rund um den Globus Billionenbeträge für Rettungspakete zu generieren, die alles, was es bisher an »Geldschöpfung« gab, bei Weitem in den Schatten stellten – selbst die in der Finanzkrise 2008/2009 und den Folgejahren. Eine »solide« Deckung der staatlichen Ausgabenprogramme rückte in weitere Ferne denn je. So ging die EU-Kommission bereits im Frühjahr davon aus, dass sie die Anleihen, die sie dafür an den Finanzmärkten aufnehmen musste, erst im Jahr 2058 abbezahlt haben würde (*FAZ*, 27.05.2020). Das Bundesland Nordrhein-Westfalen plant bereits



mit dem Jahr 2070 (*Der Tagesspiegel*, 25.03.2020). Wohlgemerkt, es geht hier nicht um die bereits in früheren Zeiten angehäuften Schuldenberge, sondern alleine um diejenigen, die nun noch obendrauf gesattelt wurden. Ob die Akteur*innen selbst noch an die Rückführbarkeit der explodierenden Staatsverschuldung glauben? Vermutlich nicht. Zumal in den nächsten Jahrzehnten, so sicher wie das Amen in der Kirche, weitere schwere Krisen folgen werden, die selbstverständlich wieder gigantische staatliche Rettungspakete notwendig machen.

Der mit dem Corona-Virus konfrontierte Kapitalismus bestrafte die Menschen also gleich dreifach: Erstens mit weitaus größeren Schäden an Leben und Gesundheit, als sie eine neue Seuche in einer vernünftig eingerichteten Wirtschaft mit sich brächten. Zweitens mit sinkendem Lebensstandard für viele – bis hin zu verstärkter Armut und Hunger. Und drittens mit der Aussicht auf eine Zukunft mit noch mehr wirtschaftlichen und politischen Krisen. Was unter kapitalistischer Herrschaft erst geschähe, wenn sich das Virus als besonders hartnäckig und mutationsfreudig erweise oder längere Zeit kein Impfstoff gefunden würde, kann man sich an fünf Fingern abzählen. An das Auftreten einer ganz neuen Pandemie, die möglicherweise eine deutlich höhere Sterblichkeitsrate aufweisen könnte als Covid 19, will man gar nicht erst denken. Wenn eine Wirtschaftsweise, die angesichts einer Herausforderung, die jederzeit wieder auftreten kann, derart ins Taumeln gerät und viele Menschen buchstäblich mit sich in den Abgrund reißt, dann entpuppt sich die Abkehr von ihr als eine Frage des nackten Überlebens.

Gegenüber dem lebensbedrohenden Potenzial der Klimakrise nimmt sich die Corona-Pandemie allerdings noch eher bescheiden aus. Die Erderwärmung führt zu einer dystopischen Zukunft mit steigendem Meeresspiegel, Überschwemmungen, Starkregen, Dürre, Hitzerekorden und Stürmen in immer schnellerer Abfolge. Alle Beteuerungen, dieser Prozess ließe sich mit >marktwirtschaftlichen Instrumentarien< bekämpfen, überzeugen in etwa so wie der Versuch, ein brennendes Haus mit Benzin zu löschen. Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist so neu nicht, wie er manchen immer noch scheint. Genauer gesagt ist er sogar ein ziemlich alter Hut. International wird er spätestens seit dem Bericht des Club of Rome über die *Grenzen des Wachstums* (Dennis Meadows u.a.) im Jahr 1972 geführt. Dass wir uns trotz unzähliger Konferenzen, Beschlüsse und Erklärungen zur Nachhaltigkeit ein halbes Jahrhundert später auf dem Weg in eine Klimakatastrophe befinden, verweist auf die prinzipielle ökologische Inkompetenz der kapitalisti-

schen Wirtschaftsweise. Wenn schließlich die EU-Kommissionspräsidentin bei Ankündigung ihres ›Klimapakets‹ im Jahre 47 nach 1972 erklärte, der Klimaschutz müsse ausgerechnet zum *Wachstumsmotor* werden (*Deutschlandfunk*, 30.11.2019), sagt das alles über die Aussichten des Weltklimas unter kapitalistischen Bedingungen.

Selbst wenn ein Wunder geschähe und trotz Wirtschaftswachstums dank des beschleunigten Ausbaus von Windkraft und Solarenergie und des Übergangs zur Elektromobilität der CO₂-Ausstoß entscheidend zurückginge, wäre wenig gewonnen. Denn die Klimakrise ist nur ein Aspekt einer umfassenden Ressourcen- und Biosphärenkrise, und solange der Wachstumszwang unangetastet bleibt, wird eine Reduktion der Emission von Treibhausgasen immer nur mit einem verschärften Raubbau bei den anderen, nicht fossilen Naturressourcen erkaufte.²

Dass der Wachstumszwang beseitigt werden muss, um den Prozess der Erderwärmung noch unter Kontrolle zu bekommen, demonstrierte auf seine Weise der Lockdown im Frühjahr 2020. Kaum war der Wachstumsmotor pandemiebedingt gedrosselt, zeigten sich schon schlagartig bedeutende positive ökologische Effekte. Das galt etwa für die Luft- und Wasserqualität. So zeigten Satellitenaufnahmen der NASA einen signifikanten Rückgang von Stickoxid- und Feinstaubemissionen (*Wissenschaft.de*, 19.03.2020). Was die Politik seit Jahrzehnten nicht zuwege bringt, war im Kampf gegen den Virus ganz nebenbei im Handumdrehen geschafft. In dem Maße, wie der Lockdown beendet wurde, war es mit all diesen positiven Erscheinungen freilich sofort wieder vorbei.

Der kurzzeitige ökologische Kollateralnutzen des Lockdown hat überzeugend vor Augen geführt, dass die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie nicht ohne die Befreiung der *Reichtumsproduktion* vom Wachstumszwang zu haben ist. Die Reichtumsproduktion lässt sich aber wiederum nicht vom Wachstumszwang befreien, ohne eine Neubestimmung dessen, was *gesellschaftlicher Reichtum* überhaupt sein soll. Denn wenn wir sagen, jemand sei reich und damit meinen, er besitze viel Geld oder Kapital, reproduzieren wir lediglich einen ganz spezifischen Begriff von Reichtum – den kapitalistischen. Was aber Menschen wirklich zum Leben brauchen, ist *stofflicher* Reichtum wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bil-

2 Ein ›qualitatives Wachstum‹ ist ein Hirngespinnst, das die Verlagerung von Naturverbrauch auf neue Ressourcen mit dessen Reduktion verwechselt. Vgl. dazu den Beitrag *Wie Sand am Meer* von Ernst Lohoff in diesem Band.

dung, Wissen(schaft), Gesundheit, Kultur usw. Dass heutzutage z.B. die Versorgung einer Gesellschaft mit Lebensmitteln davon abhängt, dass u.a. die Chemie- und Automobilindustrie ›profitabel‹ sind – weil es nämlich nur dann ›Arbeitsplätze‹ und ›Kaufkraft‹ geben kann – hat keinerlei *stofflichen* Begründungszusammenhang, sondern ist allein der abstrakten Reichtumsproduktion des Kapitalismus geschuldet.³ Der Übergang zu einem neuen Reichtumskonzept beginnt zwar im Kopf; freilich genügt ein Wechsel der Vorstellung vom Reichtum nicht. Damit die gesellschaftlichen Verhältnisse sinnliche Vernunft annehmen, ist es unerlässlich, den gesellschaftlichen Reichtum der kapitalistischen Form zu entkleiden. Die Gesellschaft muss dazu übergehen, keine *Waren* mehr zu produzieren, sondern simple *Güter*. Wir brauchen eine Produktion, die – anders als die Produktion von Waren – keinem anderen Zweck dient als dem der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Die Auflösung der Gesellschaft in getrennte Privatproduzenten und die Herrschaft des abstrakten Reichtums, der sich in Geld darstellen muss, sind zu überwinden.

Diese Perspektive mutet zunächst einmal fremdartig an. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie einen Zustand als gesellschaftliches Ziel propagiert, der laut herrschender Doktrin immer schon existiert. Folgt man der offiziellen Lesart, sind *Gütererzeugung* und *Warenproduktion* grundsätzlich ein und dasselbe und die sinnlichen Bedürfnisse der Menschen stellen auch in der kapitalistischen Gesellschaft Alpha und Omega allen Wirtschaftens dar. Laut Duden, der sich an die Definitionen der VWL-Lehrbücher hält, ist unter einem »Wirtschaftsgut« nämlich ein »Gut, das der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient« zu verstehen. Und das Wort *Wirtschaft* bezeichnet angeblich die »Gesamtheit der Einrichtungen und Maßnahmen, die sich auf Produktion und Konsum von Wirtschaftsgütern beziehen«.⁴ Dass Reichtum sich in Geldgrößen misst und darstellt, erscheint in dieser Sicht als eine rein technische Angelegenheit.

Karl Marx hat schon im 19. Jahrhundert mit seiner *Kritik der politischen Ökonomie* dargelegt, warum dieses Verständnis in die Irre führt und inwiefern Gütermarktwaren Teil des gesellschaftlichen Reichtums sind. Nicht ihres Gebrauchswerts wegen verkörpern Rock, Leinwand, Auto und Co. gesellschaftlichen Reichtum, sondern einzig und allein soweit sie Tausch-

3 Vgl. zum Begriff des abstrakten Reichtums und zur Frage seiner Aufhebung auch den Text *Verdrängte Kosten* von Norbert Trenkle in diesem Band.

4 www.duden.de: Stichworte ›Wirtschaftsgut‹ und ›Wirtschaft‹.

wert und damit abstrakten Reichtum repräsentieren. Dessen permanente Vermehrung, der selbstzweckhafte Prozess der Verwandlung von Geld in mehr Geld, bildet in der warenproduzierenden Gesellschaft den eigentlichen Inhalt aller Ökonomie.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass die offizielle Doktrin der kapitalistischen Wirklichkeit nicht gerecht wird, die Corona-Pandemie liefert ihn – und zwar in Gestalt der unabsehbaren ökonomischen Kosten und Lasten des Shutdowns. Versetzen wir uns für einen Moment in eine Gesellschaft, in der die Reichtumsproduktion tatsächlich keinen anderen Inhalt hätte, als den, Menschen zu versorgen, und in der Tauschwert und abstrakter Reichtum keine Rolle spielen würden. Sähe sich eine solche Gesellschaft pandemiebedingt zu einem solchen Shutdown gezwungen, wie er im Frühjahr 2020 stattfand, dann blieben die Folgen äußerst begrenzt. Bekanntlich legt ein Virus wie Sars-CoV-2 keine Häuser in Schutt und Asche, er setzt weder Computer außer Gefecht noch zerstört er Maschinen oder beschädigt die Infrastruktur. Selbst in den direkt vom Shutdown betroffenen Wirtschaftssektoren bleibt der schon bestehende stoffliche Reichtum völlig unberührt. Wenn ein Restaurant für einige Wochen schließen muss, bleibt zwar die Küche kalt und die Gaststube leer, aber weder die Baulichkeiten noch die Einrichtung nehmen Schaden. Und auch was Köchin und Kellner angeht, bedeutet die Zwangspause keinerlei Verlust von Know-how. Rein stofflich betrachtet, kann Sars-CoV-2 nur in zweierlei Hinsicht Wohlstandsverluste nach sich ziehen. Zum einen muss die Gesellschaft, um Leben zu schützen, mehr menschliche und materielle Ressourcen für den Medizinssektor mobilisieren als üblich, Ressourcen, die für andere Verwendung nicht mehr zur Verfügung stehen. Zum anderen stellen die von Einschränkungen betroffenen Wirtschaftszweige weniger neue Güter und Dienste zur Verfügung als ohne diese. Dabei handelt es sich selbstverständlich aber um ein auf die Dauer der Restriktionen befristetes Phänomen.

Was den Verlust an stofflichem Reichtum angeht, gab es selbstverständlich zahlreiche, weit einschneidendere Ereignisse in der Geschichte als die Corona-Pandemie. Das schlimmste des 20. Jahrhunderts war der Zweite Weltkrieg. Da die kapitalistische Gesellschaft gnadenlos alles in Geldgrößen übersetzt,⁵ werden perverserweise auch die verlorenen Menschenleben,

5 Man kann die bunte Vielfalt qualitativ verschiedener Gebrauchsgüter nicht in eine Geldgröße übersetzen, ohne von ihrer stofflichen Seite zu abstrahieren und als abstrakten Reichtum zu behandeln. Die bürgerliche Ökonomie hat zwar keinen Begriff

Kriegszerstörungen und an Kriegszwecke verschwendeten produktiven Potenziale zu einer Geldsumme aufaddiert. Nach gängigen Schätzungen von Historikern kostete der Zweite Weltkrieg die USA, das Land mit der bei Weitem größten Kriegswirtschaft, nach heutigem Wert 4 Billionen Dollar bzw. knapp 3,4 Billionen Euro.⁶ Diese Größenordnung ist insofern höchst aufschlussreich, als sie einen Vergleichsmaßstab für die Kosten der Corona-Pandemie liefert. Natürlich ist es noch nicht absehbar, wie hoch diese schließlich ausfallen werden. Das hängt nicht zuletzt auch vom weiteren Verlauf der Pandemie ab. Allerdings könnten nach Schätzungen der Deutschen Bank allein die Maßnahmen im Frühjahr 2020 den deutschen Staat bis zu 1,9 Billionen Euro kosten und damit ungefähr genauso viel wie der gesamte Prozess der Wiedervereinigung.⁷ Hinzu kommen noch die Notfall-Anleihekaufprogramme der EZB. Schon im März hatten die Frankfurter Währungshüter das Pepp (= Pandemic Emergency Purchase Programme) in Höhe von 750 Mrd. Euro gestartet, das bereits im Juni auf 1,35 Billionen Euro aufgestockt wurde.⁸ Im Vergleich zu den Verwüstungen, die der Zweite Weltkrieg angerichtet hat, dürften sich die Verluste an *stofflichem* Reichtum im Gefolge der Corona-Pandemie im Promillebereich bewegen. Die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten bewegen sich hingegen in einer ähnlichen Größenordnung. Würde die bürgerliche Ökonomie ihre eigenen Grundannahmen ernst nehmen, dann müsste sie angesichts dieser Diskrepanz ihre eigene Disziplin in die Mülltonne treten. Wenn Geld, wie immer behauptet wird, wirklich nur ein technisches Mittel zur Vermittlung von Gütern wäre und die monetären Flüsse lediglich die Bedürfnispräferenzen der Menschen und stofflichen Flüsse abbildeten, dann könnte es die immensen wirtschaftlichen Kosten, die alle Wirtschaftsexpert*innen sehen, gar nicht geben.

Fasst man dagegen in Anlehnung an Marx die Bildung abstrakten Reichtums und dessen permanente Vermehrung als den tatsächlichen Inhalt

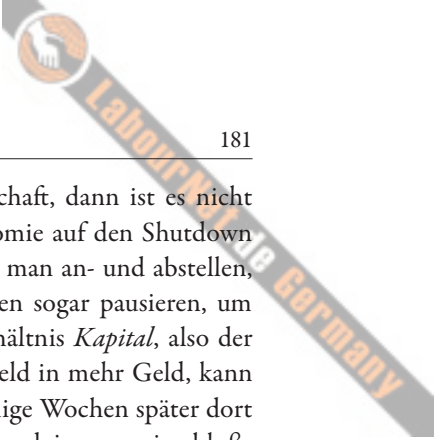
des abstrakten Reichtums, dafür behandelt sie de facto den stofflichen Reichtum immer schon als Darstellungsform abstrakten Reichtums.

- 6 <https://www.zeit.de/news/2015-05/08/geschichte-hintergrund-der-zweite-weltkrieg-in-zahlen-und-fakten-08065612>
- 7 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kosten-der-corona-hilfen-1900-000-000-euro-16761836.html>
- 8 <https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/anleihekaufe-auf-gestockt-ein-kriseprogramm-von-1-35-billionen-euro-die-ezb-geht-in-die-vollen/25886928.html>

des ökonomischen Treibens in der Warengesellschaft, dann ist es nicht mehr rätselhaft, warum die kapitalistische Ökonomie auf den Shutdown derart überempfindlich reagiert. Maschinen kann man an- und abstellen, ohne dass sie Schaden nehmen. Menschen müssen sogar pausieren, um arbeitsfähig zu bleiben. Das gesellschaftliche Verhältnis *Kapital*, also der selbstzweckhafte Prozess der Verwandlung von Geld in mehr Geld, kann dagegen nicht einfach eine Pause einlegen, um einige Wochen später dort weiterzumachen, wo er aufgehört hat. Jeder Stillstand, ja sogar eine bloße Verlangsamung des Kapitalkreislaufes stellt bereits Kapitalvernichtung dar und ist deshalb für »unsere Wirtschaft« fatal.

Was Einzelunternehmen angeht, springt dieser Zusammenhang unmittelbar ins Auge. Während des Shutdowns läuft das Gros der Betriebsausgaben weiter, während die Einnahmen einbrechen. Das bedeutet ein Schrumpfen des Kapitalstocks und dementsprechend setzt ein Neustart entweder genügend Reserven voraus oder er muss mit neuen Krediten finanziert werden. Das ist aber noch nicht alles. Die Welt des abstrakten Reichtums umfasst neben den Gütermarktwaren noch eine zweite Abteilung, nämlich die auf den Kapitalmärkten gehandelten Waren, etwa Aktien und Anleihen. Dieser Teil des abstrakten Reichtums bildet sich durch die Vorabverwandlung von Renditeerwartungen in zusätzliches gesellschaftliches Kapital (vgl. Lohoff/Trenkle 2012 sowie Lohoff 2014). Dieses *fiktive Kapital* (Marx) reagiert seiner eigentümlichen Entstehung wegen besonders sensibel auf einen Shutdown. Wenn sich Gewinnerwartungen in Luft auflösen und Unternehmen in die roten Zahlen rutschen, dann bekommt das dem Kurs ihrer Aktien nicht gut und auch die Anleihen solcher Unternehmen können notleidend werden. Es droht die massenhafte »Entwertung« von fiktivem Kapital (vgl. Lohoff/Trenkle 2012). Die exzessive Geldpolitik der Zentralbanken ist ausschließlich darauf gerichtet, diese Gefahr zu bannen, während die Regierungen mit ihren kreditfinanzierten Programmen primär Ersatz für entwertetes *fungierendes* Kapital schaffen.

Die Herrschaft des abstrakten Reichtums, die Ausrichtung der Wirtschaft auf die selbstzweckhafte Vermehrung von Geld in mehr Geld macht die Wirtschaft krisenanfällig. Diese Eigentümlichkeit wird durch die Abhängigkeit des heutigen Kapitalismus von der Finanzmarktdynamik noch einmal extrem gesteigert. Die absurde Reichtumsform des abstrakten Reichtums wird aber nicht erst mit dem Krisen-Stakkato unserer Tage zum Problem. Unter dem Gesichtspunkt der sinnlichen Vernunft und



der menschlichen Bedürfnisse ist auch schon der ›Normalzustand‹ des Kapitalismus ein Skandal. Wir bezahlen unseren Gehorsam gegenüber der Diktatur des abstrakten Reichtums seit jeher mit dem Verlust jeder Menge Lebenszeit und -qualität. Das wird uns allerdings erst dann bewusst, wenn wir die historische Besonderheit dieser Reichtumsform durchschaut haben und verstehen, dass sie weder Gottes Wille noch Naturgesetz ist, wir sie folglich auch wieder aus der Welt schaffen können. Und nicht nur das: wir werden es bei Strafe unseres Untergangs sogar tun müssen.

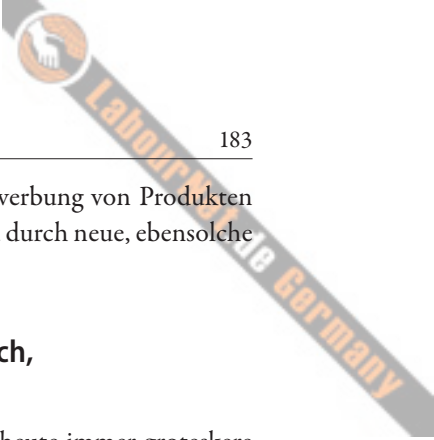
Wofür müssen wir in diesen sogenannten ›normalen‹ Zeiten eigentlich arbeiten? Wie viel Lebenszeit müssen Millionen Menschen mit Tätigkeiten zubringen, die mit der Versorgung mit den nötigen Gebrauchsgütern gar nichts zu tun haben, sondern einzig und allein mit der Aufrechterhaltung der warengesellschaftlichen Ordnung? Man denke nur an die Finanzindustrie, die Banken und Versicherungen, überhaupt das gesamte Geldwesen. Wie viel menschliche und natürliche Ressourcen werden für Steuerwesen, Handel und Werbung verschleudert, wie viel für die Arbeitsverwaltung, für Justiz, Polizei, Gefängnisse, Rüstung, Militär? Wie viele Menschen machen Überstunden ohne Ende, erleiden Herzinfarkt und Burnout, reiben sich im brutalen Konkurrenzkampf auf – alleine dafür, dass ›ihre‹ Firma mehr überflüssige und schädliche Autos produziert als die ›Mitbewerber‹, die genauso um die Gunst des Marktes buhlen müssen? Und dort, wo es doch eigentlich um das wirklich Notwendige gehen müsste, sei es in der Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung oder im Bildungswesen – wie viel Arbeitszeit geht auch da allein dafür drauf, sicherzustellen, dass diese Bereiche wenigstens noch halbwegs ›finanziert‹ werden können? Wie viele Schiffe und Flugzeuge werden alleine aus dem Grund gebaut, weil die abstrakte Reichtumsproduktion den ewigen Wettlauf um das ›preisgünstigste Angebot‹ verlangt, und sei es auch 10.000 km weit entfernt? Wie viel Energie und Ressourcen, wie viel menschliche Kraft und Fähigkeiten verbrauchen sie, wenn sie permanent und in immer höherer Stückzahl und immer engerem Takt den Globus umrunden? Wie viele Materialtransporte und Reisen von Menschen, wie viele Computer, wie viele Bürogebäude und Produktionsstätten dienen alleine dem Zweck, die Produktion schnelllebigere, überflüssiger und umweltschädlicher Dinge auf immer neue Höhen zu treiben, weil sich das betriebswirtschaftlich rechnet – mit der Folge, dass es danach logischerweise noch mehr von diesen Materialtransporten, Reisen, Computern, Bürogebäuden und Produktionsstätten gibt? Wie viele

Menschen sind mit Herstellung, Handel und Bewerbung von Produkten befasst, die innerhalb kurzer Zeit kaputtgehen und durch neue, ebensolche ersetzt werden müssen (Valdivia 2004)?

Radikale Arbeitszeitverkürzung ist möglich, aber nicht im Kapitalismus

Die Produktion für die Müllhalde nimmt gerade heute immer groteskere Formen an. Noch nie in der Geschichte des Kapitalismus war ein größerer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit vom Standpunkt der Bedürfnisbefriedigung so offensichtlich überflüssig oder gar schädlich. Beide Entwicklungen kommen nicht von ungefähr. Die immer absurdere Verschwendung von Naturressourcen und menschlicher Lebenszeit ist unabdingbar, damit sich auf dem heutigen Produktivitätsniveau noch hinlänglich abstrakter Reichtum bildet. Weil mit immer weniger Arbeit immer mehr Güter erzeugt werden, sinkt die geschaffene Wertmasse, ein Prozess, der das System des abstrakten Reichtums in seinen Grundfesten bedroht. Systemimmanent bleiben nur zwei Gegenmittel: einerseits die Auftürmung von immer höheren und immer sinnloseren Bergen von Schrottgütern, andererseits die Flucht in den Finanzsektor, wo abstrakter Reichtum durch die Akkumulation von Zukunftserwartungen geschaffen wird. Das findet natürlich auch in der Beschäftigungsstruktur seinen Niederschlag. Immer mehr Menschen verbringen ihre Zeit als Angestellte im Bank-, Versicherungs- und Finanzsektor oder in der spekulativ aufgeblähten Immobilienbranche.

Karl Marx war bei Weitem mehr als der Klassentheoretiker, zu dem ihn sich bis heute die meisten Marxisten ebenso wie die Antimarxisten zurechtstutzen. Er hat nicht nur prognostiziert, dass die Produktivkräfte in einen letztlich unüberbrückbaren Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten. Bei ihm finden sich bereits wichtige Hinweise darauf, welche neue Qualität sie dazu annehmen müssen. Die Produktivkraftentwicklung wird mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise unvereinbar, sobald das »allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren *Produktivkraft* geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind« (MEW 42, S. 602). Tritt der Mensch »neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein« (ebd., S. 601) und löst die Anwendung der Wissen-



schaft die unmittelbare Produktionsarbeit als Hauptproduktivkraft ab, dann »bricht die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen« (ebd.). Im sogenannten *Maschinenfragment* behandelte Marx den Wechsel der Hauptproduktivkraft bereits als ein Ergebnis der großen Industrie und machte diesen am Überhandnehmen des »capital fixe« fest. Damit lag er zwar daneben, denn erst mit der Dritten industriellen Revolution und dem Übergang zur »Wissengesellschaft« brach tatsächlich die Epoche an, in der »das Kapital [...] – ganz unabsichtlich – die menschliche Arbeit auf ein Minimum reduziert« (ebd., S. 598); umso klarer hat er aber die Konsequenz antizipiert, die sich aus der Marginalisierung der unmittelbaren Produktionsarbeit und dem Aufstieg des general intellect zur Hauptproduktivkraft ergeben. Entweder beginnt eine Epoche nicht enden wollender kapitalistischer Krisen – oder die Gesellschaft nutzt die völlig neuen Möglichkeiten menschlicher Emanzipation, die das Kapital durch die Installation der neuen Hauptproduktivkraft selber geschaffen hat, und befreit die Reichtumsproduktion von der Herrschaft der Ware. Dann entsteht eine neue Ordnung, in der keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die *disposable time* das Maß des Reichtums ist (ebd., S. 604).

Leider ist dieser Marx'sche Gedanke nie im Mainstream-Marxismus angekommen. Dabei ist gerade heute der *arbeitskritische* Marx, ganz anders als der *arbeitsidentitäre* Klassenkampf-Marx derjenige, der Perspektiven des antikapitalistischen Kampfes aufzeigen kann. Der *general intellect*, wie Marx sagt, oder *das Wissen als allgemeine Produktivkraft* – verschafft uns die Möglichkeit, aus dem Gefängnis der Kapitalverwertung auszubrechen. Heute steht uns dank der Produktivkraftentwicklung ein gewaltiges Potenzial an *disposable time* zur Verfügung. Erst einmal erkannt und richtig genutzt, kann die große Mehrheit der Menschen endlich das tun, was bisher ganz wenigen Privilegierten vergönnt war: statt das ganze Leben mit Mühe und Arbeit zu verbringen, sich all dem widmen, das zu einem erfüllten Leben gehört.

In einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft bestünde der gesellschaftliche Reichtum in der Bedürfnisbefriedigung der Individuen und der verfügbaren Zeit für ihre freie Entfaltung. Der Sinn und Zweck von Wirtschaften – falls man von Wirtschaft überhaupt noch reden will⁹ –

9 Im Kapitalismus bildet die Wirtschaft eine eigene, von allen übrigen Lebenssicherung getrennte Sondersphäre. Wer dieses Wort heute in den Mund nimmt, hat

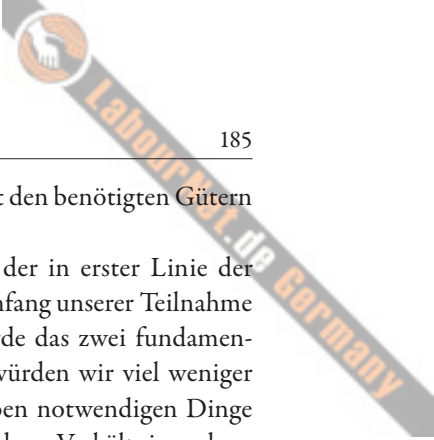
bestünde einzig und allein darin, die Menschen mit den benötigten Gütern und Diensten zu versorgen.

Gegenüber unserer heutigen Lebensweise, in der in erster Linie der Zwang, Geld zu erwerben, für die Art und den Umfang unserer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bestimmend ist, würde das zwei fundamentale Veränderungen bedeuten. Zunächst einmal würden wir viel weniger Lebenszeit mit der Herstellung der für unser Leben notwendigen Dinge verbringen. Darüber hinaus hätten wir ein ganz anderes Verhältnis zu dem, was wir da tun. Die Güterproduktion wäre keine uns selber fremde, äußerliche Praxis mehr, sondern Teil der eigenen freien Entwicklung. Bleiben wir aber zunächst einmal beim quantitativen Aspekt.

Unmengen von Bullshit-Arbeiten dienen ausschließlich oder ganz überwiegend der Aufrechterhaltung des Systems der *abstrakten Reichtumsproduktion*. In einer Gesellschaft, die nur den *stofflichen Reichtum* zum Mittelpunkt hat, den wir wirklich zum Leben brauchen, fallen diese Arbeiten ersatzlos weg. Fernerhin geht nicht nur der Energie- und Naturressourcenverbrauch zurück, wenn die Produktion sinnloser Güter eingestellt und stattdessen nachhaltig produziert wird, es wird auch Lebenszeit frei. Der Kampf für mehr Lebenszeit steht in einer langen Tradition; die Reduzierung der Arbeitszeit gehörte von Anfang an zu den zentralen Zielen der Arbeiter*innenbewegung. Als Kampf für die Neubestimmung des gesellschaftlichen Reichtums im Sinne der *disposable time* bekommt er freilich sowohl eine größere Reichweite als auch eine andere gesellschaftliche Qualität.

Der traditionelle Kampf der Arbeiter*innenbewegung für kürzere Arbeitszeiten hatte weder etwas mit einer Kritik des herrschenden Reichtumskonzepts zu tun, noch bedeutete er einen Bruch mit der Vorstellung, die Arbeit bilde das Zentrum des menschlichen Daseins. Im Gegenteil: Der Arbeitsstolz und die Selbststilisierung der Arbeiter*innenschaft zur >Schöpferin aller Werte< bildeten die Quelle des Selbstbewusstseins der Arbeiter*innenbewegung. Der Sache nach bestand ihr Inhalt darin, bessere Verkaufsbedingungen für die Ware Arbeitskraft durchzusetzen. Solange die industrielle Massenarbeit für das Kapital unentbehrlich war, befanden sich die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung in einer

automatisch diese Konstellation im Kopf. Diese Sphärentrennung gab es aber weder in traditionellen Gesellschaften noch wird es sie in einer freien Gesellschaft geben.



starken Verhandlungsposition. Sie waren in der Lage, sich einen Anteil an den *Rationalisierungsgewinnen* des Kapitals zu sichern. Und dieser Anteil ließ sich eben in zwei unterschiedlichen Gestalten realisieren, entweder in der Form höherer Löhne oder in der Form von mehr Freizeit.

Angesichts des mit der Dritten industriellen Revolution erreichten Produktivitätsniveaus hat sich diese beschränkte, mit der Herrschaft des abstrakten Reichtums kompatible Art, ein Mehr an arbeitsfreier Lebenszeit durchzusetzen, in doppelter Hinsicht historisch überlebt. Zum einen wären heute, um zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise zu gelangen, Arbeitsreduktionen in einer Größenordnung notwendig, die sich mit dem Lohnsystem und dem Zwang, durch Erwerbsarbeit sein Dasein zu sichern, nicht vereinbaren lassen. Das Lohnsystem bildet aber nun einmal die Grundlage gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Zum anderen hat die Dritte industrielle Revolution die materielle Basis für Arbeitszeitkämpfen alten Stils unterminiert. Angesichts der Produktivitätsentwicklung lassen sich die gesellschaftlich dringend gebotenen Arbeitszeitverkürzungen nur noch im Kontext einer radikalen Kritik am System des abstrakten Reichtums und am Zwang zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit auf die Agenda setzen.

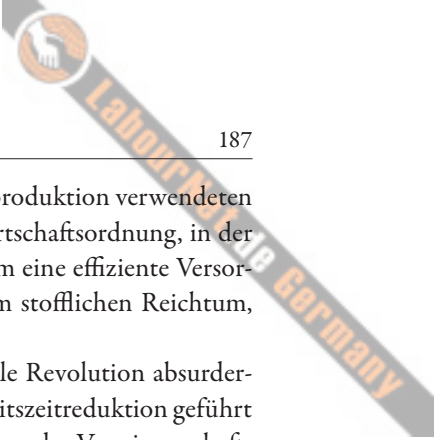
Seitdem in der alten Bundesrepublik der 1980er-Jahre für Teile der Beschäftigten die 35-Stunden-Woche durchgesetzt wurde, bewegt sich in der Arbeitszeitfrage denn auch fast nichts mehr nach vorn. Im Gegenteil: die tatsächlichen Arbeitszeiten nehmen für viele Menschen wieder zu. Indikatoren dafür sind u.a. die wachsende Zahl der registrierten Überstunden, von denen viele noch nicht einmal bezahlt werden (von den erst gar nicht erfassten Überstunden ganz zu schweigen), der Zwang für viele Menschen, sich mit zwei oder drei Jobs über Wasser zu halten, oder das steigende Renteneintrittsalter. All das betrifft nicht nur die Lohnarbeitenden im klassischen Sinne, sondern auch viele Freiberufler, prekär Beschäftigte und andere. Es ist aberwitzig: Während die Computer und Roboter jeden Tag schneller und besser werden, während mit immer weniger Arbeit immer mehr Güter hergestellt werden, stehen gleichzeitig die Erwerbstätigen unter einem enormen Druck, ihre Arbeitszeit auszudehnen.

Dabei setzt der Aufstieg des *general intellect* zur Hauptproduktivkraft eine Entwicklung in eine ganz andere Richtung auf die historische Tagesordnung. Das Klimadesaster lässt sich nur in den Griff bekommen, wenn mit der permanenten Outputsteigerung endlich Schluss ist. Das hätte je-

doch eine drastische Reduktion der auf die Güterproduktion verwendeten Gesamtarbeitszeit zur Folge. Eine vernünftige Wirtschaftsordnung, in der es nicht mehr um Geld und Profit, sondern nur um eine effiziente Versorgung mit den notwendigen Gütern ginge, also um stofflichen Reichtum, käme wohl mit einer 5-Stunden-Woche zurecht.

Einer der Gründe, warum die Dritte industrielle Revolution absurderweise zum Gegenteil der gebotenen radikalen Arbeitszeitreduktion geführt hat, dürfte auf der Hand liegen: Die mit dem Prozess der Verwissenschaftlichung der Produktion einhergehende Marginalisierung lebendiger Arbeit schwächt die Verhandlungsposition der Arbeitskraftverkäufer*innen. Gerade weil Arbeitszeitreduktion das Gebot der Stunde wäre, hat die Arbeit im Interessenkampf mit dem Kapital heute weit weniger Durchsetzungskraft als im Zeitalter der Massenarbeit. Wichtiger und grundlegender als die Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist aber ein anderer Gesichtspunkt. Wer fraglos akzeptiert, dass Geld und Erwerbsarbeit den Zugang zu den benötigten Gütern regulieren, macht es der Gegenseite leicht, die Erfüllung elementarer Bedürfnisse als nicht finanzierbar und deshalb >utopisch< abzuwehren.

Man nehme nur die leidige Rentendebatte. Praktisch niemand will die Rente mit 67, die meisten wollen schon früher aus der Arbeitsmühle raus und die Jüngeren mit guten Gründen erst gar nicht rein. Als Antwort darauf ist im politischen Diskurs von der Rente mit 70 oder gar 75 die Rede. Dass, wer heute unter 40 ist, mit 80 noch keine Rente bekommen wird, von der es sich leben lässt, ist ein offenes Geheimnis. Und doch kapitulieren alle vor einem einzigen Argument. Die Gesellschaft altere schließlich und immer weniger Junge könnten doch nicht immer mehr Ältere finanzieren. Richtig daran ist, dass sich dieses Problem auf der Basis einer Rentenversicherung zwangsläufig stellt, etwas zeitverschoben übrigens auch in Ländern wie Österreich, dessen Pensionssystem derzeit noch ein Stück besser ist als das deutsche. Gegenwärtig wird also die Aussicht auf finanzielle Sicherheit im Alter für die große Mehrheit der Jüngeren auf dem Altar der >Finanzierbarkeit< verbrannt. Dass die angeblich besseren Konzepte >kapitalgedeckter Finanzierung< angesichts der wachsenden Instabilität der krisenbedingt aufgeblähten Finanzmärkte noch perspektivloser sind, liegt auf der Hand. Wenn sie trotzdem ernsthaft als >Alternative< diskutiert und angepriesen werden, zeigt das die Ausweglosigkeit des Systems der *abstrakten* Reichtumsform auch auf diesem Gebiet. Betrachtet man das Problem hingegen



vom Standpunkt des *stofflichen* Reichtums aus, so löst es sich sofort in Luft auf. Angesichts der explodierenden Produktivität stünde eine vernünftig wirtschaftende Gesellschaft nur vor der Frage, wie sie die drastische Verkürzung des für die Herstellung notwendiger Dinge erforderlichen Zeitepensums auf die verschiedenen Lebensphasen verteilt.

Ob gewollt oder nicht, am Ziel der Beschäftigungssicherung festzuhalten, heißt unweigerlich, sich in die zerstörerische Logik fügen, die das System des abstrakten Reichtums nun einmal kennzeichnet. Eberhard von Kuenheim, legendärer Vorstandsvorsitzender von BMW, brachte die Perspektivlosigkeit und das zerstörerische Potenzial der kapitalistischen Produktionsweise bereits in den 1970er-Jahren (natürlich unbeabsichtigt) auf den Punkt. Gefragt, ob ihm denn nicht klar sei, dass man die ganze Welt nicht mit so vielen Autos wie in Westeuropa und Nordamerika zuschütten könne, antwortete er: »Es mag zwar zu viele Automobile auf der Welt geben, aber noch zu wenige BMWs.«¹⁰ Nach dieser Logik müssen aber nicht nur die Manager*innen sämtlicher anderer Automobilkonzerne handeln, sondern auch die Gewerkschaften, Betriebsräte und die Lohnabhängigen, deren Lebensunterhalt davon abhängt, dass möglichst viele >ihrer< Produkte auf dem Markt abgesetzt werden. Dass >der ganze Laden irgendwann an die Wand fährt<, ist zwar fast zu einer Art Allgemeinwissen geworden. Aber die systemimmanente Antwort darauf lautet: >Wir müssen weiter auf die Wand zurasen, schließlich hängt unsere Existenz davon ab.< Weil für den Interessenstandpunkt der Arbeitskraftverkäufer*innen diese desaströse Logik grundlegend ist, wird das Arbeitsplatzargument zur Gumm wand, an der Bewegungen wie *Fridays For Future* regelmäßig abprallen: >Wahrscheinlich habt ihr Recht und eigentlich sympathisiere ich ja mit euch, aber sagt mir doch mal, wovon meine Familie und ich in Zukunft leben sollen.<

Wie sehr gerade die Gewerkschaften selbst vor minimalen Änderungen zurückschrecken, zeigte nicht zuletzt die Empörung der IG Metall darüber, dass die Bundesregierung >nur< für die Anschaffung von Elektroautos eine Kaufprämie zahlen wollte. Dabei handelte es sich dabei noch nicht einmal um eine ökologisch fundierte Maßnahme, sondern es ging lediglich um die Beförderung deutscher Dominanz auf einem sogenannten >Zukunfts-

¹⁰ Bayernkurier 7.3.2016, www.bayernkurier.de/wirtschaft/11379-eine-weltmarktwird-100

markt<, der auch weiterhin absichern soll, dass die Welt mit viel zu vielen Automobilen zugeschüttet werden kann – aber eben mit deutschen.

Wie wir es auch drehen und wenden: wollen wir eine wirklich ökologische Wende, so ist die Einsicht unumgänglich, dass schlicht und einfach wesentlich weniger Automobile produziert werden müssen. Wer sich dieser Wahrheit nicht stellt, wird ewig an der Quadratur des Kreises scheitern. Der bereits erwähnte BMW-Konzern produzierte im Jahr 2016 mit 125.000 Beschäftigten weltweit etwa 2,4 Mio. Fahrzeuge. In einer vernünftig und ökologisch wirtschaftenden Gesellschaft würden allenfalls noch zehn Prozent davon hergestellt werden – und die außerdem noch ausgesprochen langlebig und möglichst wenig reparaturanfällig. Die Konsequenz wäre ein doppelter Gewinn für die Umwelt und für viele Menschen, die wesentlich weniger arbeiten müssten. Zwar sind erste, wenn auch zaghaften Annäherungsversuche von Gewerkschaften und Umweltverbänden in jüngster Zeit ein kleiner Fortschritt. Doch anstatt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung offensiv mit dem Thema Klimawandel zu verknüpfen und damit in die politische Offensive zu gehen, befördern beide auch weiterhin die Illusion, Klimaschutz und ›Vollbeschäftigung‹ gingen zusammen. Soll der Kampf gegen den Klimawandel aber erfolgreich sein, bedarf er der Ergänzung durch eine breite gesamtgesellschaftliche Bewegung für *radikale* Arbeitszeitverkürzung. Und umgekehrt wird auch der Kampf der Beschäftigten um Arbeitszeitverkürzung nicht mehr entscheidend vorankommen, wenn er sich nicht aktiv auf die ökologischen Notwendigkeiten beruft und auf das Bündnis mit der Klimaschutzbewegung setzt. Beide Kämpfe könnten sich gegenseitig befeuern und weit über ihr jeweils angestammtes Klientel und Wirkungsfeld hinaus ausstrahlen. Sie könnten gesellschaftliches Potenzial für die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen unserer Wirtschafts- und Lebensweise mobilisieren und dabei enorme Sprengkraft entwickeln. Noch ist das den wenigsten der jeweiligen Akteur*innen bewusst.

Damit sich daran etwas ändert, muss vor allem ein ebenso simpler wie radikaler Gedanke in die Köpfe: Prinzipiell wäre es ein Leichtes, alle Menschen mit dem zu versorgen, was sie brauchen und dabei schonend mit den Naturressourcen umzugehen. Unsere Epoche ist nur deshalb eine Krisenepoche, weil diese Gesellschaft darauf getrimmt ist, Güter als Waren zu produzieren – also nur als Mittel der Geldvermehrung – und weil die Menschen durch das Nadelöhr der Erwerbsarbeit hindurchmüssen, um zu den benötigten Gütern zu gelangen. Damit bekommt der Kampf für

bessere Lebensbedingungen und einen angemessenen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ein neues Ziel. Frühere Bewegungen für Arbeitszeitverkürzungen waren darauf ausgerichtet, den besonderen Interessen der Arbeitskraftverkäufer zu ihrem Recht zu verhelfen. Eine Bewegung für Arbeitszeitverkürzung auf der Höhe der Zeit müsste sich dagegen in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung einfügen, die die Fesseln des immer aussichtsloser werdenden *Einkommens* sprengen und stattdessen ein gutes *Auskommen* für alle etablieren will.¹¹ Denn worauf es wirklich ankommt, sind nicht ›Arbeitsplätze‹, sondern der Zugang aller Menschen zu den Gebrauchsgütern, die sie für ein gutes Leben benötigen. Wenn etwa die Mieten im Gefolge explodierender Bodenpreise zum Höhenflug ansetzen, dann kann die Antwort nicht nur in immer mehr Lohn und höheren Transferleistungen bestehen. Es geht zuerst einmal um rapide Senkung der Mietkosten und der wichtigste Schritt dafür bestünde darin, den Boden seines Warencharakters zu entkleiden (Lohoff 2020).

Die umfassende Krise, in der wir leben, stellt unser Denken vor eine gewaltige Herausforderung. Sie zwingt uns dazu, die stillschweigend vorausgesetzte und fast nirgendwo angezweifelte Annahme, Gelderwerb sei eine unhintergehbare und absolut notwendige Voraussetzung unseres Lebens, infrage zu stellen. Das Prinzip, vom Gelderwerb zu leben, hat für große Teile der Menschheit noch nie gegolten. Und selbst in den reicheren Ländern funktioniert es für einen wachsenden Teil der Bevölkerung immer weniger. Es hat keine Perspektive mehr. So ehrenwert gewerkschaftliche Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung bei ›vollem Personal- und Lohnausgleich‹ sein mögen: Es liegt auf der Hand, dass solche Kämpfe, wenn es denn überhaupt zu ihnen kommt, bestenfalls zu äußerst beschränkten Arbeitszeitreduktionen führen können. Sie sind weder in der Lage, eine nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen der Zeit zu geben, noch vermögen sie die großen Möglichkeiten zu nutzen, die sich eröffnen. Unter Bedingungen explodierender Produktivität ist es schlicht nicht mehr möglich, das Lohnsystem für Massen von Menschen aufrechtzuerhalten. Wo im Rahmen des Althergebrachten nur noch um sich greifende Massenarmut möglich ist, geraten auch tradierte Vorstellungen von Politik und Klassenkampf ans Ende ihrer Möglichkeiten.

11 Siehe dazu z.B. Gruppe 180°, Im Grunde realistisch. Zum Verhältnis von Einkommen und Auskommen. www.180grad.org/download/grundauskommen-a4_2.pdf

Der Kampf um radikale Arbeitszeitverkürzung wird deswegen auch aussichtslos bleiben, solange die Akteur*innen sich einbilden, ihn isoliert führen zu können. Er muss eingebettet sein in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung für einen fortschreitenden *Ausstieg aus dem Lohnsystem und der abstrakten Reichtumsproduktion* und für den *Einstieg in die gesellschaftliche Aneignung und Selbstorganisation des stofflichen Reichtums*.

Care: Die Verdrängung des Menschen überwinden

In einer vernünftig wirtschaftenden Gesellschaft wird also die für die gemeinsame Lebenssicherung aufgebrauchte Zeit ganz erheblich unter dem heute üblichen Niveau liegen. Dennoch wird diese Gesellschaft keine >Freizeitgesellschaft< sein, in der allein Maschinen und Computer für die Produktion des stofflichen Reichtums zuständig sind, während die Menschen nur noch ihren jeweiligen Vergnügungen nachgehen. Das liegt auch daran, dass in einigen Sektoren die Verdrängung des Menschen dringend zurückgedreht werden muss. Dort geht die von der betriebswirtschaftlichen Logik gebotene Minimierung der eingesetzten lebendigen Arbeit bei maximalem >Output< auf Kosten der zu erfüllenden Aufgabe.

Das betrifft insbesondere die jenseits der Sachgüterherstellung angesiedelten Bereiche. Man denke an das Bildungs- und Gesundheitswesen oder die Betreuung von Alten und Kindern. Vom emanzipativen Standpunkt gilt hier selbstverständlich das Gebot: mehr Mensch! Im Bereich der sogenannten Care-Tätigkeiten hieße das beispielsweise für das Gesundheitswesen: Nichts gegen Pflege erleichternde Technik; es gibt keinen vernünftigen Grund, warum sich Pflegekräfte beim Umbetten von Patient*innen den Rücken ruinieren sollen. Nichts gegen robotergestütztes und damit zitterfreies Operieren. Indes bleibt der Kern der Care-Tätigkeiten die Beziehung von Mensch zu Mensch; und wenn die aus Gründen der betriebswirtschaftlichen Rentabilität immer weiter ausgedünnt wird, ist das eine Katastrophe und kein Fortschritt. Eine freie Gesellschaft wird dementsprechend einen relativ größeren Teil des gesellschaftlichen Zeitfonds, als das heute der Fall ist, auf solche Aufgaben verwenden. Ob damit ihr Umfang auch absolut zunehmen würde, ist offen. Denn vermutlich wird der physische wie psychische Gesundheitsstatus der Bevölkerung in einer vernünftig wirtschaftenden Gesellschaft, die sich von der kapitalistischen Bullshit-Produktionsweise

befreit hat, wesentlich besser sein und das senkt natürlich den absoluten Bedarf an >Gesundheitsleistungen<.

Der Mensch ist für den Menschen nicht ersetzbar. Geschieht das doch, stellt das kein Mehr an Reichtum, sondern eine neue Form sozialer Verelendung dar. Die Rehumanisierung und Neugewichtung vor allem der Care-Tätigkeiten ist aber nicht nur unerlässlich, damit zentrale gesellschaftliche Aufgaben wie Erziehung und Pflege adäquat ausgefüllt werden; sie ist auch in Hinblick auf die Menschen, die sich dort engagieren, unverzichtbar. Wenn Marx davon ausging, dass in einer Gesellschaft, die das Diktat des abstrakten Reichtums hinter sich gelassen hat, »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingungen für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4, S.482), dann schließt diese freie Entwicklung die Übernahme von Verantwortung für andere selbstverständlich ein. Diese findet nicht jenseits aller gesellschaftlichen Zwecke im luftleeren Raum rein individueller Befindlichkeiten statt. In einer Gesellschaft, die ihren eigentlichen Reichtum in der *disposable time* erkennt, muss es eine bewusste Verständigung darüber geben, welche Zwecke verfolgt werden und wer sich dabei in welcher Form engagiert.

Die Corona-Krise hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, welch geringer Stellenwert dem Care-Bereich, der immer noch vor allem von Frauen getragen wird, in der kapitalistischen Gesellschaft zugewiesen wird. Das betrifft zunächst einmal die bezahlte Care-Arbeit, die etwa im Gesundheitswesen eine zwar zentrale, in der Anerkennung und Besoldung aber völlig untergeordnete Stellung einnimmt. Denn im Zentrum des Medizinbetriebs, der sich stillschweigend am Vorbild der Autoreparatur orientiert, stehen nicht die Patient*innen, sondern die kaputten Einzelorgane. Am Pflegepersonal wird gleich doppelt gespart. Es wird zum einen gnadenlos ausgedünnt, sodass die Arbeitsbelastung einen extremen Grad annimmt. Zudem bekommen die Beschäftigten, gemessen an dem, was sie leisten müssen, Hungerlöhne. Nur allzu verständlich ist, dass ein Großteil der Pflegekräfte unter diesen Umständen einfach nur noch frustriert ist und die ursprüngliche Motivation, die sie einmal diesen Beruf ergreifen ließ, langsam aber sicher erodiert.

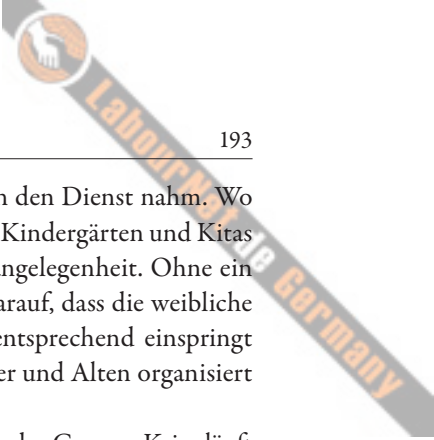
In der Anfangsphase der Corona-Krise wurde die Unterbezahlung der Pflegekräfte zu Recht häufig skandalisiert, aber ernsthafte Konsequenzen sind nicht daraus gezogen worden. Fast noch erbärmlicher war jedoch, wie die staatliche Krisenverwaltung ohne mit der Wimper zu zucken die unbe-

zahlte, in den Familien geleistete Care-Tätigkeit in den Dienst nahm. Wo der Staat zur Eindämmung der Pandemie Schulen, Kindergärten und Kitas schließt, wird das Auffüllen der Lücke zur Privatangelegenheit. Ohne ein Wort darüber zu verlieren, verlässt er sich dabei darauf, dass die weibliche Bevölkerung den klassischen Rollenstereotypen entsprechend einspringt und klaglos ›irgendwie‹ die Versorgung der Kinder und Alten organisiert und sicherstellt.

Der schäbige Umgang mit der Care-Tätigkeit in der Corona-Krise läuft auf eine Restauration der überkommenen Geschlechterordnung hinaus. Umgekehrt heißt daher, den Care-Tätigkeiten im Rahmen einer Neubestimmung des gesellschaftlichen Reichtums einen neuen Stellenwert zu geben, auch, die Axt an die Wurzel des patriarchalen Übels zu legen. Als Marx das Konzept der *disposable time* als Gegenentwurf zum abstrakten Reichtum skizzierte, hatte er diesen Aspekt überhaupt nicht im Auge. Für die antikapitalistischen Bewegungen des 21. Jahrhunderts ist er aber von zentraler Bedeutung. Erst eine von den Unmengen an Bullshit-Arbeiten befreite Gesellschaft wird über genügend *disposable time* für das wirklich Wichtige verfügen. Die Überwindung patriarchaler Verhältnisse erfordert mehr als nur die massive Reduzierung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit. Doch der Umstand, dass es heute ganz vorwiegend Frauen sind, die zu den besonders schlechten Bedingungen in diesen Bereichen arbeiten müssen, verweist auf einen weiteren, enorm bedeutsamen Zugang zur Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung: *den feministischen*. Und diese ist eben nur beim Ausstieg aus dem System der abstrakten Reichtumsproduktion zu haben (vgl. Samol 2013). Sei es unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels, des Feminismus, der Verarmung oder der Rentenproblematik – es zeigt sich, dass radikale Arbeitszeitverkürzung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Aber der Kampf um sie wird ohne einen Bruch mit der kapitalistischen Logik kaum zu gewinnen sein.

Die Corona-Krise widerlegt die Unerschütterlichkeit kapitalistischer Zustände

Man sollte auf keinen Fall vergessen, was innerhalb kürzester Zeit in der Corona-Krise alles möglich wurde. Nicht nur landete die ›Schuldenbremse‹ auf dem Müllhaufen, sogar die politische Elite attestierte ›dem Markt‹ seine absolute Unfähigkeit, mit der Krise umzugehen. In Windeseile



organisierte die Bundesregierung Ende März 2020 einen *Hackathon*:¹² Während nur 48 Stunden fanden sich fast dreißigtausend Menschen zusammen, verbanden ihr Wissen und ihre Fähigkeiten und entwickelten in kürzester Zeit vielversprechende Ideen und Projekte. Kurzzeitig tat sich ein kleiner Blick in eine bessere Zukunft auf, die nicht von Konkurrenz, sondern von Kooperation geprägt ist. In den USA war es quasi über Nacht möglich, bis zu vier Monate Urlaub zu erhalten, für viele gab es eine Art Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – von liberalen Ökonom*innen und den Republikaner*innen jahrzehntelang als Teufelszeug bekämpft. Der Präsident befahl *General Motors* die Herstellung von Beatmungsgeräten. Auch in Deutschland und anderen Ländern konnten vorhandene Kapazitäten schnell auf die Produktion von Schutzmasken, Desinfektionsmittel etc. umgestellt werden. Konversion der Produktion ist also möglich. Metropolen wie London, Paris und Brüssel machten ihre Innenstädte weitgehend autofrei und/oder deutlich fahrradfreundlicher. Spanien führte ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Nur verlacht worden wäre, wer Ende Februar prophezeit hätte, dass der Star des Neoliberalismus, Frankreichs Präsident Macron, zwei Wochen später sagen würde: »Morgen müssen wir die Lehren ziehen aus dem, was wir gegenwärtig durchmachen, das Entwicklungsmodell hinterfragen, in das sich unsere Welt seit Jahrzehnten verwickelt hat und dessen Mängel nun ans Licht kommen, die Schwächen unserer Demokratien hinterfragen. Eines hat sich durch diese Pandemie schon jetzt herausgestellt: Die kostenlose Gesundheit, unabhängig vom Einkommen, Stellung und Beruf, unser Sozialstaat sind keine Kosten oder Lasten, sondern wertvolle Güter, unverzichtbare Trümpfe, wenn das Schicksal zuschlägt. Diese Pandemie hat jetzt schon deutlich gemacht, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze gestellt werden müssen« (*Der Freitag*, 13.03.2020).

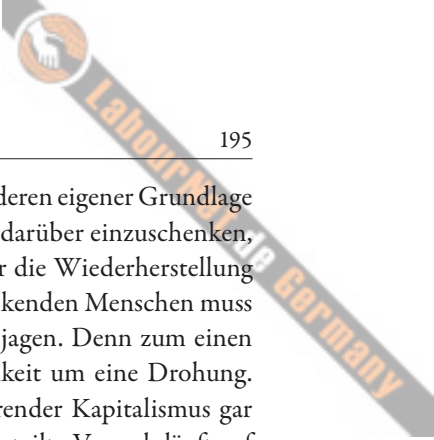
Allerdings wäre es nicht empfehlenswert, auf die Lernfähigkeit der Regierenden zu setzen und ihnen das Gesetz des Handelns zu überlassen. Es kommt ganz im Gegenteil darauf an, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und in die richtige Richtung voranzutreiben. Gerade unter dem Druck der von Corona ausgelösten Wirtschaftskrise geraten bei Macron und seinesgleichen solche Ansätze von Einsicht nämlich im Handumdrehen wieder in Vergessenheit. Statt sich selbst die Unmöglichkeit einzugestehen,

¹² <https://wirvsvirus.org/>

die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf deren eigener Grundlage zu überwinden und der Bevölkerung reinen Wein darüber einzuschenken, versprechen sie angesichts der Corona-Krise lieber die Wiederherstellung des kapitalistischen ›Normalzustands‹. Jedem denkenden Menschen muss diese Perspektive kalte Schauer über den Rücken jagen. Denn zum einen handelt es sich bei dem Versprechen in Wirklichkeit um eine Drohung. Zum anderen lässt sich ein ›normal‹ funktionierender Kapitalismus gar nicht mehr herstellen und der zum Scheitern verurteilte Versuch läuft auf einen weiteren Umverteilungsschub von unten nach oben hinaus. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann macht daraus nicht viel Hehl: »Die meisten Menschen werden erstmal ärmer sein«, kündigt er jetzt schon an. Denn schließlich, so Kretschmann, müsse das Geld für die Rettungspakete ja irgendwo wieder eingespart werden (*Stuttgarter Zeitung*, 11.04.2020). Die Politik zeigt sich wild entschlossen, immer tiefer in die immer selbe Sackgasse zu rennen und unsere Existenzsicherung weiterhin vom Wohlergehen der kapitalistischen Wirtschaft abhängig zu machen.

Den knallharten Zumutungen sind Forderungen nach Umschichtung der staatlichen Ausgaben entgegenzustellen. Hier und jetzt wesentlich mehr Geld für die Masse der Bevölkerung zu verlangen, z. B. in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens oder wesentlich mehr Geld für lebenswichtige Infrastruktur, etwa für Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen oder die Lebensmittelversorgung, sind richtige Forderungen in der Krise. Wenn Staaten und Regierungen plötzlich Dinge machen konnten, die sie vorher als völlig indiskutabel zurückgewiesen hatten, dann muss das weiter von ihnen verlangt werden. Warum z.B. keine Aufhebung des Patentschutzes für Medikamente und Impfstoffe? Warum nicht konsequente Vorfahrt für ÖPNV und Fahrrad und drastische Einschränkung des Autoverkehrs? Warum kein dauerhafter Shutdown für besonders umweltschädigende Teile der Wirtschaft? Warum nicht noch viel mehr Hackathons, in denen sich die Millionen Fachleute für den Umbau austauschen und gemeinsam Neues entwickeln? Und warum eigentlich darauf warten, dass die Regierung das tut? Selbstorganisation ist angesagt.

Ohne entschiedenen Widerstand gegen die kapitalistischen Zumutungen infolge der Corona-Pandemie, ohne die Entwicklung breiter sozialer Kämpfe werden sich Lebensverhältnisse und Zukunftsperspektiven für die große Mehrheit deutlich verschlechtern. ›Keine Rückkehr zur Normalität‹



muss zur Leitlinie dieses Widerstands werden – beim Klimaschutz, bei der Arbeitszeit, in der Sozialpolitik, im Kampf gegen Sexismus und Patriarchat. Alle Initiativen, Bewegungen und Kämpfe müssen immer und überall ein vernünftig organisiertes Wirtschaften einfordern, das den Menschen dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält *und notfalls auch einmal heruntergefahren werden kann, ohne Leben und Gesundheit zu bedrohen.*

Schon im Kommunistischen Manifest konstatierten Marx und Engels, der Kapitalismus habe »kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die bare Zahlung« (MEW 4, S. 464). 170 Jahre später haben wir uns derart an die Auflösung der Gesellschaft in vereinzelte Konkurrenzsubjekte gewöhnt, dass wir unsere totale Markt- und Geldabhängigkeit wie eine unhintergehbare Naturtatsache behandeln. Dementsprechend mutet vielen die Vorstellung, Menschen könnten sich bei der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auch anders miteinander in Beziehung setzen als vermittels »Bezahlung« ähnlich absurd an wie die Abschaffung der Schwerkraft. »Kooperation ohne staatliche Anweisung und/oder monetäre Vermittlung mag im Rahmen kleinster sozialer Zusammenhänge funktionieren, aber taugt doch niemals als gesellschaftliche Perspektive«, so der gängige Abwehrreflex, der sich stets auf seinen »Realismus« beruft.

Dieser vermeintliche Realismus ist allerdings bei Licht besehen purer Illusionismus. Denn seine Vertreter*innen phantasieren sich für marktwirtschaftsverursachte Krisen wie das Klimadesaster und die anderen Krisen ausgerechnet marktwirtschaftskompatible Lösungsmöglichkeiten zurecht. Wer nicht aus dem Gedankengefängnis der bestehenden Wirtschaftsweise ausbricht, kommt zwangsläufig zu dem absurden Schluss, dass ausgerechnet der Markt, der für das ökologische Elend verantwortlich ist, einen Ausweg aus diesem eröffnen könne. Diese Gesellschaft rennt, solange sie der Logik des abstrakten Reichtums und der Konkurrenz folgt, immer tiefer in eine Sackgasse hinein. Von Bertolt Brecht stammt der Satz: »Umwälzungen finden in Sackgassen statt.« Ist das bezogen auf die Sackgasse Warengesellschaft, die längste und verheerendste der Geschichte, zu optimistisch gedacht? Vielleicht nicht.

Zumindest die vage Einsicht, dass ein grundsätzlich anderes Wirtschaften nötig wäre, ist weit verbreitet. Denn auch wenn die Politik angesichts der Corona-Krise wie gewohnt nur »Beschäftigungssicherung« anstrebt, ist doch überdeutlich, dass sich die Gesellschaft andere Ziele setzen muss als

›Arbeit, Arbeit, Arbeit‹ und Wirtschaftswachstum. Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen bleibt heute noch oft dabei stehen, eine bessere Politik einzuklagen und an die Regierungen zu appellieren, sie mögen doch gefälligst endlich eine Lösung für die Misere finden. Damit sich allerdings ein Ausweg eröffnet und das Verhältnis zu Staat und Politik nicht zu einem ›Warten auf Godot‹ wird, darf es jedoch keinesfalls beim bloßen Appell an die politisch Verantwortlichen bleiben. Der Staat wird uns nicht erlösen. Es gilt vielmehr, soziale Bewegungen zu entwickeln und Kräfte zu sammeln, die willens und in der Lage sind, die überfällige Neu- und Selbstorganisation des gesellschaftlichen Reichtums in die Hand zu nehmen. Staat und Politik bleiben in diesem Kontext wichtig, aber nicht als die Heil bringende Instanz. Sie werden vielmehr zum Kampffeld, auf dem diese Bewegungen den Streit um Ressourcen und Eigentumsrechte mit den Vertreter*innen des warengesellschaftlichen Irrsinns aufnehmen.

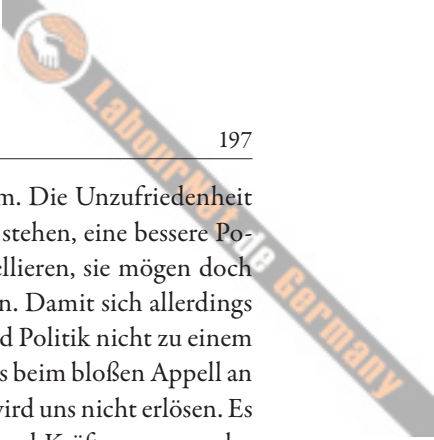
In gesellschaftlichen Nischen gibt es schon geraume Zeit gewisse Ansätze zu selbstorganisierter Reichtumsproduktion und Verteilung jenseits von Markt- und Geldbeziehungen. Man denke an die in den 1980er-Jahren aufgekommene Freie-Software-Bewegung¹³, an die in den Nullerjahren entstandene Freecycle-Netzwerke¹⁴, an Projekte wie die Solidarische Landwirtschaft¹⁵ oder das Mietshäuser Syndikat¹⁶, das sich gebildet hat, um dem Immobilienmarkt Wohnraum zu entziehen. Als Inselprojekte in einer markttotalitären Umgebung haben sie freilich einen schweren Stand und verheddern sich ganz schnell in den Fallstricken und Widersprüchen des kapitalistischen Alltags. Und so interessant Instrumente wie der Hackathon sind, so illusionär wäre die Hoffnung, dass Regierungen so etwas zur Regel machen könnten – widerspricht dieses Verfahren doch zu offensichtlich den heiligen Grundsätzen des Privateigentums. Vorausgesetzt jedoch, der Gedanke selbstorganisierter Güterproduktion und -verteilung verbindet sich mit Abwehrkämpfen gegen die kapitalistischen Zumutungen und offensiven Bewegungen für radikale Arbeitszeitverkürzung und Klimaschutz, könnte er angesichts des Bankrotts des warengesellschaftlichen Systems zum Ausgangspunkt für das überfällige Projekt der Neuvergesellschaftung jenseits von Staat und Markt werden. In einem erfolgreichen gesellschaft-

13 Siehe z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Freie-Software-Bewegung>

14 Siehe z.B. <https://www.freecycle.org/>

15 <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/startseite>

16 <https://www.syndikat.org/de/>



lichen Transformationsprozess könnte z.B. die Open-Source-Hardware-Bewegung¹⁷ sehr bedeutsam werden und vermutlich schnell aus den Kinderschuhen herauswachsen. Bereits heute stellen dort Entwickler der Öffentlichkeit kostenlos Baupläne und Know-how für eine Fülle von Objekten zur Verfügung – vom Krankenbett über Biogasanlagen und Laborgeräte bis zum Gabelstapler.¹⁸ Jede und jeder kann die Objekte modifizieren, erstellen und weiterverteilen. Ebenso die damit verwandte global vernetzte Fab-Lab-Bewegung (fabrication laboratory)¹⁹, die offene Werkstätten für computergesteuerte Fertigung organisiert, High-Tech-Maschinen und das nötige Wissen zur freien Verfügung stellt und nach dem Prinzip handelt, alle sollen Zugang haben und ihre Ideen verwirklichen können. Umgekehrt würden die Transformationskämpfe und -bewegungen das Potenzial dieser heute noch eher kleinen Bewegungen erst richtig zur Entfaltung bringen. Erfolgreich wird der Prozess gesellschaftlicher Selbstorganisation in dem Maße sein, wie es ihm gelingt, zunehmend mehr Bereiche des Lebens – Verbrauchsgüter, Wohnen, Gesundheit, Bildung usw. – der Marktlogik zu entziehen. Markt, Kapital und Geld würden dann zunehmend aus unserem Leben verschwinden.

Was Selbstorganisation vernünftig wirtschaftender Menschen bedeuten könnte, sei kurz am Beispiel der Textilindustrie erläutert. In der Marktwirtschaft geht die Produktion von Hosen, T-Shirts usw. mit massiver Naturzerstörung einher. Sie findet vorwiegend im Globalen Süden statt und ist mit extremer Ausbeutung bis hin zu Kinder- und Sklavenarbeit verbunden. Das alles, um einen anonymen Herrscher namens Weltmarkt mit Waren zu überfluten. In der Hoffnung, sie gewinnbringend verkaufen zu können, und mit der Folge, dass die Kleiderschränke ebenso wie die sogenannten >Altkleider<-Container im Globalen Norden aus allen Nähten platzen.²⁰ Ein Drittel des Produzierten gelangt noch nicht einmal zu den Konsumenten, sondern wird von den Läden mit dem Ende der Saison als unverkäuflich entsorgt. Eine gigantische Ausbeutung von Mensch und Natur für den Müll. Eine selbstorganisierte Textilindustrie der Zukunft würde

17 Siehe z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Open-Source-Hardware>

18 Siehe z.B. <https://en.oho.wiki/wiki/Home>

19 Siehe z.B. <https://fablab.fau.de/was-ist-ein-fablab/>

20 Dazu gehören auch YouTube-Stars wie Marie Kondo, die mit ihrer Aufräummethode KonMarie ihre Kund*innen dazu motiviert, etwas von ihrem überflüssigen Quatsch wegzuschmeißen.

dagegen Produzent*innen und Konsument*innen direkt miteinander in Beziehung setzen. Über digitale Kommunikationskanäle und unter Nutzung von Technologien wie dem 3D-Drucker im Rahmen einer End-to-End-Produktion²¹, wäre es möglich, sich schon vorab darüber zu verständigen, was überhaupt genau benötigt wird und was nicht. Damit würden nicht nur Transportkilometer ohne Ende eingespart, es hätte überhaupt eine enorme Reduktion des Ressourceneinsatzes zur Folge.

Nicht verzichten, sondern mit dem Verzicht aufhören

Leider ist nicht nur im herrschenden Diskurs, sondern auch unter manchen, die auf der Suche nach Wegen aus dem Kapitalismus sind, die Auffassung verbreitet, >wir alle< lebten >über unsere Verhältnisse< und müssten uns deshalb in Zukunft >massiv einschränken<. Doch wer Verzicht predigt, sieht die Wirklichkeit schon durch die Brille der spezifisch kapitalistischen, abstrakten Reichtumsform. Sobald man deren Ablösung durch die *disposable time* als neu zu installierendes Reichtumskonzept ins Auge fasst, ergibt sich eine ganz andere Perspektive: Wir leben nämlich heute ganz im Gegenteil weit *unter* unseren Möglichkeiten. Nicht Verzicht ist angesagt, sondern endlich aufhören mit dem Verzicht. Heute verzichten wir auf unendlich viel Lebenszeit, auf reiche soziale Beziehungen, auf das gute Leben für Alle, nur um im nicht enden wollenden Konkurrenzkampf zu bestehen. Zu diesen reicheren sozialen Beziehungen wird selbstverständlich auch die Möglichkeit gehören, sich weltweit zu vernetzen und den Globus zu bereisen und kennenzulernen. Sicher nicht so, wie das heute ein insgesamt recht kleiner Teil der Menschheit macht, nämlich schnell mal mithilfe energiefressender, umweltzerstörender und nervig unbequemer Maschinen durch die Welt zu hetzen, weil man sich ja schließlich schon bald wieder in die Arbeitsmühle begeben muss. Vielleicht in solarbetriebenen Luftschiffen und ohne den Druck, in kürzester Zeit möglichst viel >mitnehmen< zu müssen, weil man viel weniger arbeiten muss und so eine Reise statt drei

21 Die technischen Möglichkeiten schafft die kapitalistische Gesellschaft und nutzt sie auch. Weil in der Warenproduktion aber ein struktureller Interessengegensatz zwischen Konsument*innen und Produzent*innen besteht, bedeutet dort End-to-End-Produktion etwas ganz anderes. Unter dem Schlagwort Kundenorientierung werden die gläsernen Kund*innen geschaffen, während die Produktionsprozesse weiterhin nach der betriebswirtschaftlichen Logik funktionieren.

Wochen durchaus auch einmal drei Monate oder länger dauern kann. Wer weiß, was sich eine Gesellschaft, die sich von der Herrschaft des abstrakten Reichtums befreit hat, alles einfallen lassen wird. Die Verminderung von Lebensqualität wird ganz bestimmt nicht dazu gehören, im Gegenteil. Denn das größte Potenzial an stofflichem Reichtum haben wir heute schon. Millionen Menschen wissen, wie man langlebige Güter herstellt, wie man Menschen gut pflegt oder gut unterrichtet, wie man Ressourcen sinnvoll verwaltet und dabei stets umweltverträglich arbeitet. Wissen, Intelligenz, Fähigkeiten und Phantasie sind massenhaft vorhanden. Sobald wir sie aus dem Gedankengefängnis befreien, das als >unveränderbare Normalität< erscheinen lässt, wo in Wirklichkeit abstrakte Reichtumsproduktion herrscht, öffnen sich weite Tore. Denn die Fachleute für den Umbau sind vorhanden, sie sind sich nur nicht ihres Potenzials bewusst.

Literatur

- Brandt, Ulrich/ Wissen, Marcus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag
- Lohoff, Ernst (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis. In: *Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* 1/2014). Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/>
- Lohoff, Ernst (2020): Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist. In: *Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* 1/2020. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2020/warum-das-wohnen-unbezahlbar-wird-und-was-dagegen-zu-tun-ist-krisis-12020/>
- Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast Verlag
- MEW 4 = Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag, 1977, S. 459-493
- MEW 42 = Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke Bd. 42, Berlin: Dietz Verlag, 1983
- Samol, Peter (2013): Care und Warenform – eine Mesalliance. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2013/care-und-warenform-eine-mesalliance/>
- Valdivia, Gaston (2004): Zeitverschwendung Marktwirtschaft. Über die absurdeste Reproduktionsweise seit Menschengedenken. In: Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert/ Wölflingseder, Maria/ Lewed, Karl-Heinz (2004): Dead Men Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs. Münster: Unrast Verlag